

Was ist die staatliche Aufsicht wert und wer soll das bezahlen?

Künftige Finanzmarkt-Architektur erhitzt die Gemüter beim dritten Bayerischen Finanzgipfel

„Neuausrichtung der Regulierung – Lehren aus der Finanzkrise“ lautete das Thema beim „Bayerischen Finanzgipfel 2009“ in München. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zeigte sich angesichts der schnellen Reaktion der Politik hierzulande wie international auf die globale Finanzkrise voll des Lobes. Zumindest viele Banker unter den Teilnehmern, darunter der Vorstandssprecher der BayernLB, Dr. Michael Kemmer, stimmten ihm dabei auffällig beifällig zu. GDV-Präsident Rolf-Peter Hoenen schien sich dagegen eher einer gewissen Zurückhaltung zu befleißigen, und seitens der Wissenschaft klang durchaus massive Kritik durch.

So legte Prof. Dr. Klaus-Peter Naumann, Vorstandssprecher des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW), großen Wert auf die Feststellung, dass die folgenschweren Schieflagen einiger Banken keineswegs völlig unvorhersehbar waren. Vielmehr seien in den Forschungsberichten sehr früh sehr deutliche Hinweise auf die enormen Risiken in den Bankbilanzen enthalten gewesen. Das veranschaulichte er am Beispiel der IKB. Diese Hinweise seien jedoch weder von den unternehmenseigenen noch von den staatlichen Kontrollorganen zur Kenntnis genommen worden.

Eigentliche Verursacher der Krise bleiben außen vor

Prof. Dr. Wolfgang Gerke vom Präsidium des Bayerischen Finanzzentrums, dem Veranstalter des Finanzgipfels, wurde noch deutlicher. Beim Treffen der Staatschefs in Pittsburgh seien keine Regeln vorgeschlagen worden, „nach denen in Zukunft ‚die eigentlichen Verursacher der Finanzkrise, nämlich die Notenbanken und Haushaltspolitiker, ihre Fiskal- und Geldpolitik steuern‘“, monierte er. Dieser Kritik schloss sich Dr. Theodor Weimer, Chef der zur italienischen UniCredit Group gehörenden Hypo Vereinsbank, zumindest indirekt an. Die Krise sei schließlich durch übermäßige Verschuldung entstanden, erinnerte er und bemängelte, dass sie nun staatlicherseits ausgerechnet durch zusätzliche Verschuldung bekämpft werde. Das habe zwar dazu geführt, dass das Jahr 2009 selbst für die Banken bisher weit weniger schlimm verlaufen sei als befürchtet, habe jedoch eine strukturelle Inflationsgefahr zur Folge. Für eine nachhaltige Beseitigung der Probleme bedarf es aus seiner Sicht deshalb vor allem eines neuen Verant-

wortungsbewusstseins „bei uns selbst“, mahnte er selbstkritisch an. Er zeigte sich inzwischen ebenso „zutiefst davon überzeugt, dass wir mehr Regulierung brauchen“.

Hinsichtlich der inzwischen geplanten Maßnahmen zur Neuordnung der Finanzmarktarchitektur waren beim Finanzgipfel dann allerdings doch sehr differenzierte Töne zu hören. So beispielsweise zu dem künftigen Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) für die Makroaufsicht und dem Europäischen System für die Finanzaufsicht (ESFS) mit seinen drei Zweigen für Banken, Versicherungen und die Wertpapiermärkte, aber auch zu der umstrittenen Zusammenlegung von Aufsicht und Bundesbank. „Gesicherte Erkenntnisse darüber, welches Aufsichtssystem besonders effektiv ist, gebe es ohnehin nicht“, konstatierte der ehemalige Direktor am Max-Planck-Institut, Prof. Dr. Klaus J. Hopt, nüchtern. Er warnte angesichts der aktuellen „Großwetterlage“ in Europa zugleich eindringlich vor der Gefahr, dass durch die Finanzkrise „nationale Überlegungen“ wieder stärker in den Vordergrund rücken könnten.

„Wir brauchen schärfere Regulierungen, aber zielgerichtet und mit Augenmaß“, warnte auch Zeil vor Übereifer. Notwendig sind aus seiner Sicht vor allem „Qualität in der Aufsicht, Transparenz bei den Produkten und Authentizität in der Kommunikation“. Die vorgeschlagene Zusammenfassung der Finanzaufsicht bei der Bundesbank allerdings befand er als richtig, zumal die Anregung dazu von ihm selbst bereits beim Bayerischen Finanzgipfel vor Jahresfrist gekommen sei.

Dem widersprach GDV-Präsident Hoenen selbstverständlich auch bei dieser Veranstaltung wieder heftig, soweit es um die Aufsicht der Assekuranz geht. In diesem Bereich habe die Bundesbank schlicht zu „wenig Kompetenz“, konstatierte er. Prof. Dr. Elmar Helten, Präsidiumsmitglied des Bayerischen Finanzzentrums und Sprecher des Clusters Finanzdienstleistungen, verwies auf die erheblichen strukturellen Unterschiede zwischen Bank- und Versicherungsdienstleistungen. Zugleich reklamierte er ganz grundsätzlich eine oft allzu große Leichtgläubigkeit hinsichtlich statistischer Methoden. „Viele Kennzahlen von Wahrscheinlichkeitsverteilungen und Zufallsprozessen wie zum Beispiel Standardabweichung, Value at Risk, Ruinwahrscheinlichkeit oder Korrelationskoeffizient, die als Regulierungsparameter benutzt werden, ba-

sieren auf Modellen, die oft nur ungenügend auf ihre empirische Relevanz getestet wurden“, stellte er fest. Deshalb würden sie häufig falsch interpretiert.

Dieser Einwand stieß wiederum bei Kemmer ganz offensichtlich auf wenig Gegenliebe. Der BayernLB-Chef räumte zwar ebenfalls ein, dass in der Vergangenheit insbesondere die Rating-Agenturen „maßlos überschätzt“ worden seien. Er wollte jedoch trotzdem sichergestellt wissen, dass bei aller Notwendigkeit zu Korrekturen an den eingesetzten Risiko-Modellen nicht „alle Fortschritte bei der Risikogewichtung wieder rückgängig gemacht werden“. Außerdem bestand er im Gegensatz zu Hoenen darauf, dass bei neuen Regulierungen alle Teilnehmer am Finanzdienstleistungsmarkt im Prinzip gleich behandelt werden müssten – wobei allerdings gleichwohl nach den unterschiedlichen Geschäftsmodellen der einzelnen Institute differenziert werden müsse.

Qualitätsverbesserung statt Bundesbank-Aufsicht gefordert

Der GDV-Präsident wiederum wies auf die Gefahr einer grundsätzlich falschen Reaktion hin, wie sie oft auch in Unternehmen zu beobachten sei, wenn gravierende strukturelle Probleme zu bewältigen sind. Auch dort werde dann häufig vor allem mit hektischen Umstrukturierungen reagiert, statt die eigentlich notwendigen Qualitätsverbesserungen am bestehenden System in Angriff zu nehmen.

Qualitätsmängel hat nach Einschätzung von Kapitalmarkt-Theoretiker Gerke und IdW-Vorstandssprecher Naumann auch die staatliche Aufsicht der Finanzdienstleistungsbranche in Deutschland in der Krise offenbart. Die nämlich sei zwar hervorragend darauf vorbereitet gewesen, das Tagesgeschäft der Banken und Versicherungen zu überwachen, habe bei der Kontrolle von Großrisiken aus der Fristentransformation sowie aus dem internationalen Verbriefungsgeschäft jedoch schlicht versagt.

Die Bündelung der Aufsicht bei der Bundesbank stellt nach Gerkes Urteil deshalb „nur eine aktivistische Scheinlösung dar“. Stattdessen solle besser mehr in die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter der Aufsichtsorgane investiert werden. Auch ihre Qualifikationsprüfung nach dem Vorbild der Wirtschaftsprüfer wäre aus seiner Sicht erforderlich – und entsprechend eine bessere Bezahlung. In diesem Zusammenhang müsse dann allerdings auch darüber nachgedacht werden, wer eigentlich die Kosten für die Aufsichtsorgane tragen solle. Nach seiner Überzeugung wäre dies korrekterweise nämlich eine Aufgabe der Investoren und nicht – wie bisher – der beaufsichtigten Institute (siehe auch Seite 1788). rem